

Verbesserung des Sicherheitsmanagements bzw. die Sicherheitsmarge des AKW Mühleberg.

Die Antworten der Regierung zu den aufgeworfenen Sicherheitsfragen sind knapp und bündig. Sie verweisen auf die involvierten Kontrollinstanzen und darauf, dass die Hausaufgaben bei der AKW-Betreiberin auf dem Tisch liegen. Die Regierung ordnet die Verantwortung für die Umsetzung von Sicherheitsmassnahmen eindeutig der operativen Führung der AKW-Betreiberin zu. Weil die Vorstösse vordergründig die operative Ebene der Betreiberin betreffen, hat sich die EVP-Fraktion mehrheitlich der Argumentation der Regierung angeschlossen, auch wenn die EVP grundsätzlich einen schnellen Ausstieg aus der Erzeugung von Atomenergie befürwortet.

Ich persönlich werde beiden Vorstössen zustimmen. Dazu erlaube ich mir einen Erklärungsversuch. Gegenwärtig tauchen sie wieder in den Medien auf: die Berichte über Fukushima, die darauf hindeuten, dass die Japaner die ganze Geschichte nicht wie geplant im Griff haben. Das ist tragisch und gefährdet bei uns die schon fast erfolgreiche Verdrängung der Atomkatastrophe. Die Meldungen erinnern uns wieder an die Risiken dieser Technologie, die eigentlich vor unserer Haustür liegen. IAEA, ENSI, OSART: Wir können heute auf eine ganze Anzahl von Abkürzungen mit Beruhigungseffekten zurückgreifen. Wenn so viele Expertinnen und Experten am Prüfen, am Messen und Berechnen sind, lässt sich doch mit diesem Risiko leben, und wir sollten ruhig schlafen können. Sollte es trotzdem noch zu Schlafstörungen kommen, können wir uns noch zureden, dass wir uns in einem sicheren Land, die Japaner aber auf tektonisch deutlich labileren Verhältnissen leben. Die Frage der Sicherheit darf aber nicht länger negiert werden. Sie ist auch nicht nur die Sorge einiger Exoten, von ein paar «Stürmis» auch hier im Rat, die immer wieder mit dem ewig leidigen Thema kommen. Man hat im August 2013 in den Printmedien lesen können: «Am meisten fürchten sich die Schweizer vor einer Atomkatastrophe. 61 Prozent der Bevölkerung halten Atomkraftwerke für sehr oder gar extrem gefährlich. Dies geht aus einer repräsentativen Studie der ETH hervor, die das SRFG in Auftrag gegeben hat.»

Hinter den beiden Vorstössen stehen zwei Fragen, die über die subjektive Interpretation der Sicherheitsfrage und über die Frage, wie gefährlich Atomkraftwerke seien – und somit über unsere Gefühle – hinausweisen. Es ist einerseits die Frage, wer die politische Verantwortung für das Restrisiko übernimmt und mit welchem Restrisiko wir bereit sind zu leben. Wenn das Risiko einer Havarie, eines worst case nahezu bei null liegt, warum kann dann dieses Risiko nicht auch an die operative Führung delegiert und privatwirtschaftlich versichert werden? Wenn die Dimension des Risikos für die privatwirtschaftliche Assekuranz zu gross ist, dann kann die politische Führung nicht sagen, die Verantwortung für die Sicherheit gehe uns nichts an. Dann müssen wir dazu stehen, dass wir nicht in der Lage sind, die Verantwortung zu übernehmen. Die Konsequenz dieser Einsicht heisst nicht sicherheitstechnisches Nachrüsten, sondern Abschalten.

Stellen wir uns einen kurzen Moment vor, Fukushima heisse Mühleberg. Die Wegdistanz vom Rathaus zum AKW beträgt gemäss meinem «App» 19 Kilometer, die Luftdistanz ist noch etwas kürzer. Wir konnten lesen, dass im Umkreis von 20 Kilometern des havarierten Atomkraftwerks in Japan

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Ich rede auch zu Traktandum 47, dem Postulat Muntwyler «Sicherheit des AKW Mühleberg vor gezieltem Flugzeugattentat», da beide Vorstösse die gleiche Stossrichtung haben, nämlich die

Sperrgebiet ist. Das würde bedeuten, dass das Mikrofon dieses Pultes über Jahrhunderte sehr wahrscheinlich verstummen würde. Es würde aber auch bedeuten, dass Grünpflanzen, vielleicht sogar mutierte, langsam in diesen Raum hinein wachsen würden, und es würde hier niemand mehr etwas machen. Ich habe einen Bildband von Tschernobyl eines Fotografen, der dort nach zwei Jahrzehnten fotografierte. Man sieht leere Spitäler, Schulhäuser, Parlamentsgebäude usw. Alles wurde plötzlich verlassen, und niemand kehrt dorthin zurück. Das könnte theoretisch auch hier passieren.

Unabhängig von Fachinstanzen, Ingenieurgutachten, Wahrscheinlichkeitsberechnungen: wir tragen die politische Verantwortung für eine Technologie, die wir zwar erfolgreich nutzen, mit deren Risiken wir aber in Wirklichkeit nicht leben können. Deshalb unterstütze ich alle Vorstöße, die dazu beitragen, die Gefahren dieser Technologie immer wieder ins Bewusstsein zu rufen. Ich plädiere dafür, die Hände davon zu lassen und uns nach Alternativen umzuschauen. Die Alternativen liegen bereit.

Präsident. Bevor noch weiter zu beiden Vorstößen geredet wird, teile ich Ihnen mit, dass das Traktandum 47 zurückgezogen wurde. Beschränken Sie sich in Ihren Voten also bitte auf das Traktandum 46.